

Beschluss Israel und Palästina: Wege zur Deeskalation in einer konfliktbeladenen Region

Antragsteller*in: Jalda Rahimi, Carl-Emil Förster, Franz Krause

Tagesordnungspunkt: TOP 9 Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Humanität und Menschenrechte für alle!

2 Am 07. Oktober 2023 hat die islamistische Terrororganisation Hamas, der
3 Islamische Jihad in Palästina, die PFLP, die DFLP und weitere, kleinere Gruppen
4 einen terroristischen Angriff auf Israel gestartet. Es gab Luftangriffe mit
5 tausenden Raketen, Morde und Geiselnahmen von Zivilist*innen. Dieser brutale
6 Terror ist durch nichts zu rechtfertigen.

7 Gerade deshalb sind wir solidarisch mit der Zivilbevölkerung im Gazastreifen,
8 die seit Jahren unter der grausamen Terrorherrschaft der Hamas leiden muss und
9 gerade jetzt instrumentalisiert wird. Unsere Gedanken sind bei den tausenden
10 Palästinenser*innen, die im vergangenen Jahr verletzt wurden, gestorben sind
11 oder sich nun, teilweise zum wiederholten Male, auf der Flucht befinden.
12 Weiterhin braucht es dringend sichere Fluchtwege aus Gaza; auch dafür tragen
13 alle in der Region Verantwortung.

14 Während wir diesen Antrag schreiben, erreichen uns die Nachrichten und Bilder
15 aus dem Al-Aqsa Krankenhaus. Menschen, die in den Flammen bei lebendigem Leibe
16 verbrennen. Die gewaltige Welle an Empörung bleibt aus. Die Menschen sind
17 abgestumpft, erwarten eine konstante Steigerung des Leids. Wir sagen:
18 Zehntausende Tote, die meisten davon Frauen und Kinder, ist nicht normal!

19 Das israelische Militär hat fast ganz Gaza in Schutt und Asche gelegt. Besonders
20 betroffen sind davon Zivilist*innen. Die Hamas versteckt sich hinter
21 Zivilist*innen, womit sie das internationale Völkerrecht bricht, und nutzt
22 Fallen, um Soldat*innen auf brutalste Art und Weise zu töten. Trotzdem zeigen
23 verschiedene Umfragen, dass nach wie vor mehr als die Hälfte aller Menschen in
24 Gaza den Terrorangriff auf Israel für richtig halten. Neueste Berichte werfen
25 auch dem israelischen Militär vor, Zivilist*innen als menschliche Schutzschilde
26 zu nutzen und die Äußerungen von einzelnen rechtsextremen Regierungsmitgliedern,
27 entmenslichen Palästinenser*innen. Dieser Krieg zeigt auf, wie welche Wirkungen
28 Desinformationskampagnen haben und wie Zivilist*innen Spielball mehrerer
29 Kriegsparteien gleichzeitig werden, wie sie benutzt werden und deshalb der Schutz
30 dieser ein Fokus bei der Konfliktlösung sein muss.

31 Dabei verursachten die israelischen Verteidigungsmaßnahmen und
32 Vergeltungsangriffe nach dem 7. Oktober 2023, wo mindestens 1200 Zivilist*innen
33 getötet und 239 entführt wurden, besonders im Gazastreifen, eine humanitäre
34 Katastrophe, die tausende zivile Opfer forderte und wesentliche Infrastruktur
35 zerstörte. Wir begrüßen, dass die EU eine Luftbrücke zur Versorgung der Menschen
36 in Gaza eingerichtet hat und erwarten weiterhin von allen in der Region maximale
37 Bereitschaft dazu, die humanitäre Situation zu verbessern. Tatsächlich kommen
38 jedoch bisher zu wenige Güter sicher an, unter anderem da die Hamas Hilfsgüter
39 beschlagnahmt und übersteuert an die Menschen verkauft, aber auch weil NGOs und
40 andere Akteure Angst vor Beschuss durch das israelische Militär haben. Die
41 humanitäre Krise im Gazastreifen erfordert sofortige Maßnahmen. Die anhaltende
42 Gewalt muss beendet und eine politische Lösung durch Verhandlungen und die

43 Achtung der Menschenrechte angestrebt werden. Wir fordern die Terrororganisation
44 Hamas deshalb auf, die Waffen niederzulegen, alle verbliebenen Geiseln sofort zu
45 befreien und sicher an Israel zu übergeben. Die internationale Gemeinschaft muss
46 Verantwortung übernehmen und Schritte für Frieden und Gerechtigkeit setzen.

47 Stoppt das Töten von Zivilist*innen, Deeskalation jetzt!

48 Israel hat ein Recht auf Selbstverteidigung und Existenz. Es wäre ein
49 Trugschluss zu sagen, dass Frieden nur von Israel abhängt. Das Gegenteil ist der
50 Fall, Israel ist umgeben von antisemitischen Terrororganisationen und deshalb
51 ist es wichtig, dass Israel sich verteidigen darf und kann. Immer wieder wird
52 der Vorwurf von einem Genozid von Israel an dem Palästinenser*innen erhoben.
53 Deshalb fordern wir die schnelle Aufklärung durch unabhängige Organisationen und
54 zuständige Gerichte während und nach dem Konflikt. Bis dahin geht es darum, dass
55 der Konflikt nicht weiter eskaliert, wobei dies genau die Realität ist. Israel
56 reagiert auch auf Angriffe aus dem Iran oder der Hisbollah im Libanon mit
57 militärischen Gegenmaßnahmen, die auch die Zivilbevölkerung treffen, wie in
58 Gaza. Wir haben Angst vor weiteren Eskalation und Leid in der Zivilbevölkerung.
59 Während wir den Kampf gegen die Terrororganisationen Hamas, Hisbollah und das
60 iranische Unrechtsregime unterstützen, sehen wir die derzeitige Kriegsführung
61 durch die rechtsextreme Regierung Israels sehr kritisch.

62 Wir fordern den Landesvorstand der Grünen Jugend Hamburg auf, folgende
63 Forderungen, auf sich zu übertragen selbst umzusetzen und einen eigenen
64 inhaltlichen Antrag auf dem nächsten Länderrat der Grünen Jugend zu stellen
65 worin folgendes gefordert wird:

66 • Der Bundesvorstand der Grünen Jugend setzt sich für folgende Forderungen
67 in der Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsarbeit und in Gesprächen mit
68 bündnisgrünen Akteuren und Verantwortungsträger*innen ein:

69 1. Für Frieden, Sicherheit und Freiheit im Nahen Osten fordern wir eine Zwei-
70 Staaten-Lösung und das sofortige Ende der völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik
71 in den palästinensischen Autonomiegebieten.

72 2. Auf die EU, UNO und Arabische Liga einzuwirken, einen sofortigen umfassenden
73 Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas zu erwirken und den ungehinderten
74 humanitären Zugang in den Gazastreifen zu ermöglichen.

75 3. Sich mit Nachdruck für die Achtung, der Menschenrechte, des humanitären
76 Völkerrechts und der Genfer Konventionen für die Palästinenser einzusetzen.

77 • Die Grüne Jugend wird Bildungsarbeit zur Verfügung stellen, die sich
78 kritisch mit den Verflechtungen des Unrechtsregimes im Iran, den
79 Terrororganisationen Hisbollah und Hamas sowie der Regierung und Politik
80 Israels, der Geschichte des Nahost Konflikts und einer Lösung dessen
81 auseinandersetzt.

82 4. Die Bundesregierung aufzufordern, als Bundesrepublik Deutschland Palästina
83 als Staat offiziell anzuerkennen.

84 Wir weisen Rassismus entschieden zurück!

85 Wir als Grüne Jugend Hamburg sehen aber, dass unser Wirksamkeitsbereich auf
86 Deutschland und Hamburg beschränkt ist. Doch auch hier macht sich der Krieg

87 bemerkbar. Antisemitismus und antimuslimischer- und antiarabischer Rassismus
88 sind auf einem Hoch, wie lange nicht mehr. Dabei zeigt sich besonders eine
89 Entsolidarisierung gegenüber unseren muslimischen und arabischen, aber auch
90 jüdischen Mitmenschen. Wir verurteilen diskriminierende Handlungen, ob
91 antisemitisch oder anti-muslimisch, und bedauern deren Anstieg seit den
92 Terrorangriffen der Hamas am 7. Oktober 2023.

93 Dass der Angriff der Hamas auf Israel und die gerechtfertigte Wut auf diejenige,
94 die die Gräueltaten der Hamas auf unseren Straßen feierten, im vergangenen Jahr
95 immer wieder für rassistische Debatten in Deutschland genutzt wurde, ist
96 schäbig: In Deutschland lebende Muslim*innen kollektiv zu unterstellen, die
97 Gräueltaten der Hamas gutzuheißen, ist schlicht rassistisch.

98 Selten haben sich Menschen aus der muslimischen und arabischen sowie jüdischen
99 Community so alleine und ausgegrenzt gefühlt. Dazu kommt eine Politik, die
100 ständig gegen Migrant*innen hetzt. Seien es Friedrich Merz, der gegen
101 migrantisierte Taxifahrer hetzt, eine CSU, die antimuslimisches
102 Propagandamaterial herstellt, das an dunkelste Zeiten erinnert oder Grüne, die
103 eine Asylrechtsverschärfung nach der nächsten durchwinken. Auch die zunehmenden
104 Abschiebedebatten weisen wir entschieden von uns. Antisemitismus bekämpft man
105 nicht, indem man sich an rassistischen Debatten beteiligt. Antimuslimischer
106 Rassismus ist keine Strategie gegen Antisemitismus!

107 Wir sagen: Es reicht! Wir befeuern nicht weiter diesen Teufelskreis der Hetze
108 gegen Muslim*innen. Die Gefahr von Rechts richtet sich nicht nur gegen
109 Jüd*innen, sondern auchbgegen Migrant*innen und viele andere marginalisiert
110 Gruppen. Während Deutschland ein echtes Problem mit Islamismus hat, wird das
111 nicht nur schleppend angepackt. Es wird auch ein Keil weiter durch die
112 Gesellschaft getrieben, der Menschen nur weiter in die Radikalisierung treibt.
113 Statt Populismus braucht es jetzt eine solidarische und integrierende Politik!